

Walter Kaufmann

Bärendienste

Georgien und Rußland in der Eskalationsspirale

Die Konflikte zwischen Rußland und Georgien sind zu einer Krise eskaliert. Anlaß war die öffentliche Abschiebung von mutmaßlichen rußländischen Agenten aus Georgien. Rußland reagierte mit Sanktionen und Deportationen. Im Kern geht es um konkurrierende Interessen. Georgien kämpft um seine territoriale Integrität. Rußland unterstützt die abtrünnigen Gebiete Abchasien und Südossetien. Georgien zieht es in die NATO, was in Rußland auf Mißfallen stößt. Das Handeln der Konfliktparteien ist kontraproduktiv. Die Moskauer Manipulationen und Deportationen stärken die Regierung Saakaschwili. Doch dessen aggressive Rhetorik und riskante Politik lassen die Wiederherstellung der territorialen Integrität Georgiens unwahrscheinlicher werden. Mit der Politik der Eskalation erweisen sich beide Regime somit einen Bärendienst.

Anfang Oktober wurde das internationale Publikum Zeuge eines Schauspiels, in dem die Rollen klar verteilt scheinen: Das kleine Georgien in der Rolle Davids, der dem großen, an postimperialen Phantomschmerzen leidenden Goliath namens Rußland mutig die Stirn bietet. In der Tat verhält sich Rußland genau so, wie es dem Bild eines drohenden, tumben, aber zugleich gefährlichen Riesen entspricht: Auf jede Stichelei des kleinen David reagiert es aufbrausend und stößt – mit Schaum vor dem Mund – die wüstesten Drohungen aus, von denen es zumindest die weniger schlimmen auch wahrnimmt. Das Sündenregister des Riesen, der genau hundertmal größer ist als der David Georgiens und dessen Budget einhundertdreißigmal das georgische übersteigt, ist lang und beeindruckend:

Seit vielen Jahren unterstützt Rußland die von Georgien abgespaltenen Gebiete Abchasien und Südossetien politisch, wirtschaftlich und auch militärisch. Es unterhält in beiden Gebieten sogenannte GUS-Friedenstruppen, die ausschließlich aus rußländischen Militärangehörigen bestehen und deren Neutralität angesichts der eindeutigen politischen Haltung der rußländischen Führung von georgischer Seite zurecht in Frage gestellt wird. Südossetien strebt den Anschluß an Rußland an und wird dabei von namhaften rußländischen Politikern wie etwa dem Vorsitzenden des Duma-Komitees

Walter Kaufmann (1966), Leiter des Regionalbüros Südlicher Kaukasus der Heinrich-Böll-Stiftung, Tbilisi

Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um eine überarbeitete und aktualisierte Version eines zuerst auf der Homepage der Heinrich-Böll-Stiftung erschienenen Artikels; vgl. <www.boell.de/de/05_world/4571.html>

OSTEUROPA, 56. Jg., 10/2006, S. 117–121

für GUS-Angelegenheiten, Andrej Kokošin unterstützt,¹ Abchasien möchte unabhängig werden, sieht aber angesichts seiner internationalen Isolation keine andere strategische Option als die enge Anlehnung an Rußland. Die Bevölkerungen beider Gebiete verfügen mittlerweile mehrheitlich über rußländische Pässe – für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger der nicht anerkannten De-facto-Republiken der einfachste bzw. einzig gangbare Weg zum Menschenrecht auf Reisefreiheit; für Rußland die willkommene Gelegenheit, auf völkerrechtlich als georgisch anerkannten Territorien besondere Zuständigkeit „für rußländische Staatsbürger“ zu reklamieren.

Trotz einer entsprechenden Zusage von 1999 weigerte sich Rußland lange, seine in Georgien verbliebenen Militärbasen zu schließen. Erst im letzten Jahr wurde eine entsprechende Vereinbarung zur Schließung der Basen bis 2008 erreicht. Tatsächlich sind mittlerweile große Teile der Truppen samt ihres militärischen Materials aus Georgien abgezogen. Nun wollen die Georgier in die NATO und genießen dabei die volle Unterstützung der USA – ein Grund für rußländische Großmachtpolitiker, jede Unbotmäßigkeit des südlichen Zwergnachbarn zu bestrafen. Schon im Frühjahr 2001 führte Rußlands Außenministerium Visumpflicht für Georgier ein – der einzige Fall von Visumpflicht zwischen GUS-Staaten.

Im Januar 2006 schloß Gasprom nach angeblichen Sabotageakten zwischenzeitlich den Gashahn – und schnitt damit den eigenen Bündnispartner Armenien gleich mit ab, der am Tropf derselben durch Georgien führenden Pipeline hängt. Mitte Mai 2006 verbot das rußländische Gesundheitsministerium den Import georgischen Weines und Mineralwassers „aus hygienischen Gründen“. Im Frühjahr und Sommer 2006 unterbrach Rußland den einzigen von Georgien kontrollierten Grenzübergang Lars „zu Reparaturarbeiten“ und traf dadurch die von Arbeitsmigration und Export nach Rußland abhängigen Georgier ins Mark.

Und für den Fall, daß es härterer Bandagen bedürfe, um den aufmüpfigen Zwerg in die Knie zu zwingen, spekulierte der Kreml-Berater Gleb Pavlovskij schon einmal darüber, daß „eine Kugel ja billiger sei als ein Krieg“,² indem er einen Satz des Bush-Beraters Ari Fleischer auf den georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili ummünzte. In manchen rußländischen Meinungsumfragen nach den „Feinden Rußlands“ hat das kleine Land gleich neben den USA den Spitzenplatz inne.³

Beim Blick auf dieses – unvollständige – Sündenregister dürften kaum Zweifel daran aufkommen, daß der rußländische Militärgeheimdienst GRU (*Glavnoe Razvedyvatel'noe Upravlenie*) tatsächlich in Georgien sein Unwesen treibt – in einer von Konflikten zerrissenen und zugleich von geopolitischer Konkurrenz aufgeladenen Region wie dem südlichen Kaukasus eine im übrigen recht verbreitete Beschäftigung.

Ist es da nicht nur recht und billig, daß sich Georgien lautstark gegen diese Unterwanderung wehrt und der Welt zeigt, wie man mit rußländischen Agenten umzugehen hat – nämlich Festnahme vor laufender Kamera, Verbreitung der Namen und bei der durch die OSZE vermittelten Abschiebung noch einmal vor Fernsehpublikum eine

¹ Gosduma gotova prinjat' Južnuju Osetiju v sostav Rossii, deputatam liš' nužen istoričeskij precedent, in: Novosti Rossii, 6.8.2004 ; <www.newsru.com/russia/06aug2004/osetduma.html>.

² Gleb Pavlovskij am 18. Februar 2006 in der Sendung „Real'naja Politika“, Fernsehkanal NTV; <<http://lenta.ru/news/2006/02/20/accuse/>>.

³ <www.prognosis.ru/news/news/2006/10/6/fom.html>.

laut verlesene Lektion: „Sie werden der Spionage gegen Georgien beschuldigt und dürfen hier nie wieder einreisen!“

Das kleine Georgien hat sich wahrlich nach Kräften bemüht, seine Heldenrolle in die internationalen Schlagzeilen zu bringen. So sehr, daß der unbedarfte Beobachter doch geneigt ist, nach dem Kalkül des georgischen Präsidenten Saakaschwili zu fragen, als er entschied, eine allenfalls durchschnittliche Agentenaffäre nicht im international üblichen Stil diplomatischen Protests und schneller Abschiebung zu lösen, sondern auf maximale Publizität und Eskalation zu setzen. Glaubte er wirklich, Rußland erziehen zu können, das „wohl noch nicht begriffen habe, daß Georgien nun ein effektiver, effizienter, demokratischer Staat mit eindeutigen rechtsstaatlichen Prozeduren ist, der sich nicht unterwandern läßt“?⁴

Sicher ist, daß Saakaschwili den Westen in die uneingeschränkte Solidarität mit Georgien gegenüber Rußland zwingen will. Saakaschwili hat seinen Wählern versprochen, Georgien noch in diesem Jahrzehnt in die NATO zu führen. Gerade erst wurde dem Land ungeachtet der erheblichen innenpolitischen Reformdefizite beim NATO-Außenministertreffen am 21. September 2006 in New York als nächster Schritt zur NATO-Mitgliedschaft der „Intensive Dialog“ (ID) angeboten. In Georgien ist die Regierung überzeugt, schon im nächsten Jahr mit amerikanischer Unterstützung zum „Membership Action Plan“ (MAP) übergehen zu können.

Doch glaubt der Präsident wirklich, Georgien sei den USA und der EU so wichtig, daß sie die strategische Zusammenarbeit mit Rußland in den Bereichen Energie, Iran, Naher Osten aufs Spiel setzen, um Georgien vor einem geradezu aufs Blut gereizten Rußland zu verteidigen? Oder geht Saakaschwili umgekehrt davon aus, daß der rußländischen Machelite letztlich gegenüber Georgien die Hände gebunden sind, da sie ihre Rohstoffgeschäfte mit dem Westen nicht gefährden kann? Zumindest schadet die bewußte Eskalation der Spionage-Affäre dem Ziel der NATO-Annäherung eher, als daß sie Georgien nützt.

Noch zweifelhafter ist, ob die Regierung der „Rosenrevolution“ dem Ziel einer „friedlichen und vollständigen Wiederherstellung der territorialen Integrität“,⁵ also der gewaltfreien Wiedereingliederung der Sezessionsrepubliken Südossetien und Abchasien und der Rückkehr der georgischen Flüchtlinge in diese Regionen, in irgendeiner Weise nähergekommen ist.

In der georgischen Führung wie bei der Mehrheit der georgischen Bevölkerung dominiert die Überzeugung, daß es sich bei beiden Konflikten im Kern um Spielarten des großen georgisch-rußländischen Konflikts handele. Damit erübrigen sich offenbar – zumindest bis zur endgültigen Vertreibung der Russen von georgischem Territorium – der Dialog mit den Abchasen bzw. Südosseten und die Auseinandersetzung mit der georgischen (Teil-)Verantwortung für die militärische Eskalation der Konflikte zu Beginn der 1990er Jahre. Aus Sicht der Separatisten sind nämlich die Georgier der böse Goliath, dessen ethnozentristischem Radikalismus die kleinen David-Völker der Abchasen und Südosseten die Stirn boten und bieten.

⁴ So sinngemäß gegenüber georgischen Journalisten am 28.9.2006; <www.civil.ge/eng/article.php?id=13674>.

⁵ Von Präsident Saakaschwili bei vielen Gelegenheiten so verkündet; z.B. auf der Münchner Sicherheitskonferenz im März 2006; <www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?sprache=en&id=163&>.

Doch in Georgien will man Verhandlungen nur unter der Bedingung, daß sich die Gegenseite von vorneherein mit der Unterordnung unter die georgische Zentralgewalt einverstanden erklärt. An einem schrittweisen Vertrauensaufbau durch Kooperation, ohne zunächst die zentrale Konfliktfrage Unabhängigkeit versus territoriale Integrität zu entscheiden, besteht kein Interesse. Seit einiger Zeit werden informelle georgisch-abchasische Dialogprojekte internationaler Organisationen, die seit Jahren für einen kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen den Seiten gesorgt haben, von offizieller georgischer Seite in Frage gestellt.⁶

Offenbar setzt die georgische Führung ganz auf eine Strategie der Stärke. Nach der Statistik des *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI) rüstet Georgien proportional so stark auf wie kein anderes Land der Erde. Das georgische Militärbudget wuchs von 2004 auf 2005 um 143 Prozent.⁷ Auch wenn die Militärausgaben offiziell mit den Anforderungen der NATO-Standards begründet werden, wird die Botschaft im Innern und in den sezessionistischen Republiken sehr wohl verstanden. Doch das Kalkül, durch eine Strategie des politischen und militärischen Drucks – international auf Rußland, national auf die Separatisten – die gewaltfreie Wiedereingliederung der Regionen zu erzwingen, kann nach aller Erfahrung nicht aufgehen. Dazu sitzt die Angst und die Abwehr gegenüber Georgien unter der nichtgeorgischen Bevölkerung beider Regionen zu tief – und dafür ist ihre Entschlossenheit zu hoch, sich nicht widerstandslos geschlagen zu geben. Daß die georgisch-rußländische Eskalation diese Absicht eher noch verstärkt, steht außer Zweifel.

Was also könnte den georgischen Präsidenten noch bewogen haben, die Affäre um die rußländischen Agenten derart publikumswirksam zu nutzen? Möglicherweise liegt die Antwort im populistischen Politikstil des georgischen Präsidenten begründet. Er liebt es, zu polarisieren und Spannungen zu erzeugen, um sich dann in der Krise als genialer Taktiker zu beweisen. Schließlich standen am 5. Oktober 2006 Kommunalwahlen an – die ersten Wahlen, bei denen die Wähler ein Urteil über die Regierung der „Rosenrevolution“ abgeben konnten. Auch wenn am überwältigenden Sieg von Saakaschwilis „Nationaler Bewegung“ von vorneherein kaum Zweifel bestanden, tat die Regierungspartei doch alles, um der zersplitterten Opposition durch Wahlrechtsänderungen, überraschendes Vorziehen des Wahltermins und mediale Omnipräsenz jede Aussicht auf einen Achtungserfolg zu nehmen. Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 40 Prozent und landesweit 77 Prozent der Stimmen erhielt die Regierungspartei dank eines ausgeprägten Mehrheitswahlrechts über 95 Prozent der zu vergebenden Mandate.⁸

Bis zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Textes sind noch keine Auswege aus der Eskalation zwischen Georgien und Rußland sichtbar geworden. Die in jeder Hinsicht maßlose Reaktion der rußländischen Regierung auf die öffentliche Demütigung ihrer mutmaßlichen Agenten scheint ebensowenig einer spontanen Empörung geschuldet wie die georgischen Handlungen. Offenbar ist die rußländische Führung entschlossen,

⁶ Eigene Erfahrung des Autors sowie anderer, im georgisch-abchasischen Dialog engagierter internationaler Organisationen; siehe dazu auch den Beitrag von Norbert Baas: Vertrauen bilden, Stabilität schaffen. Die Vereinten Nationen und der georgisch-abchasische Konflikt, in: OSTEUROPA, 3/2006, S. 45–55.

⁷ Survey Says Biggest Surge in Arms Spending in Georgia; Online-Magazin Civil Georgia, 12.6.2006; <www.civil.ge/eng/article.php?id=12810>.

⁸ Election Results, in: Online-Magazin Civil Georgia, 12.10.2006; <www.civil.ge/eng/article_elections.php?id=13852>.

sich der Machtprobe mit Präsident Saakaschwili und – so offensichtlich die Sicht einiger Kreise im Kreml – seinen Hintermännern in den USA zu stellen und jede als Provokation empfundene georgische Aktion mit drastischer Härte zu beantworten. Die sofortige Verhängung einer Visasperre und die Unterbrechung aller direkten Verkehrs- und Postverbindungen zwischen beiden Ländern ist für Hunderttausende von Georgiern, deren Familienangehörige in Rußland arbeiten oder deren Lebensunterhalt vom (Klein-)Handel mit Rußland abhängig ist, ein schwerer Schlag. Am empörendsten wird jedoch die Stigmatisierung und offene Diskriminierung der in Rußland lebenden Georgiern empfunden, von denen einige hundert sogenannte „Illegale“ in den letzten Wochen in Frachtflugzeugen nach Georgien deportiert wurden.⁹

In Anbetracht der düsteren Perspektive einer weiteren Eskalation bleibt nur die Hoffnung, daß die „Falken“ auf beiden Seiten die Ausweglosigkeit der Konfrontation erkennen. Sollte die rußländische Führung wirklich der Auffassung sein, durch Sanktionen und Manipulationen den Sturz des „Regimes Saakaschwili“¹⁰ herbeiführen und ein Umschwenken des Landes auf einen prorußländischen Kurs erreichen zu können, so täuscht sie sich: Der Konsens über die Westorientierung des Landes und die angestrebte NATO-Mitgliedschaft reicht mittlerweile weit über das Regierungslager hinaus und wird durch die rußländische Politik nur verfestigt.

Und sollte die georgische Regierung tatsächlich meinen, mit aggressiver Rhetorik¹¹ und riskanten politischen Manövern dem Ziel der Wiederherstellung der territorialen Integrität näherzukommen, treibt sie das Land möglicherweise bald in opferreiche Kriege um die *Rückeroberung von Territorien*, rückt aber die *friedliche Reintegration* der nichtgeorgischen Bevölkerung von Abchasien und Südossetien zugleich in endlos weite Ferne. Auch dem Ziel der euroatlantischen Integration Georgiens würde sie damit einen Bären dienst erweisen.

⁹ Dies ist nicht der Platz, die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf das innenpolitische Klima in Rußland und die Menschenrechte zu beurteilen. Eine wichtige Erklärung hat die Menschenrechtsorganisation *Memorial* veröffentlicht: V svazi s obostreniem otnošenij Rossii i Gruzii, 8.10.2006; <www.memo.ru/daytoday/index.htm>.

¹⁰ So die von Präsident Putin und seiner Regierung verwendete abwertende Sprachregelung.

¹¹ Mitte Oktober wiederholte der georgische Verteidigungsminister Okruaschwili seine Ankündigung, Neujahr 2007 in Tschinwali (Südossetien) zu begehen – angesichts der politischen Rahmenbedingungen eine direkte Kriegsdrohung.